

Ihre Abgeordnete Nadine Schön informiert:

BERLIN AKTUELL

DIE WOCHE IM BUNDESTAG VOM 20.04.-24.04.2015



Ausgewählte Termine von Nadine Schön:

- Montag: Fraktionsrunde Digitale Agenda
- Montag: Sitzungen des geschäftsführenden Vorstandes der Bundestagsfraktion sowie des Fraktionsvorstandes
- Dienstag: Koordinierungsrunde mit Bundesfamilienministerin Schwesig
- Dienstag: Sitzungen meiner beiden Arbeitsgruppen
- Dienstag: Kauder-Runde
- Dienstag: Überfraktionelles Treffen MdB-Mütter kleiner Kinder

Abonnieren auch Sie den Newsletter von Nadine Schön und schreiben Sie an: nadine.schoen@bundestag.de

- Dienstag: Fraktionssitzung
- Dienstag: Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit
- Dienstag: Handelspolitischer Salon des HDE
- Mittwoch: Kompetenzzentrum Wirtschaftsrat CDU
- Mittwoch: Wirtschaftsforum 2015 der Fraktion
- Mittwoch und Donnerstag: Fachgespräche
- Donnerstag: Sitzung der Jungen Gruppe mit Bundesbankpräsident Dr. Weidmann
- Donnerstag: Gruppe der Frauen und Fachgespräch zum Equal Pay Day
- Donnerstag und Freitag: Plenum
- Freitag: Besprechung Netzwerk Digitalisierung

Bund entlastet Länder und Kommunen

Mit dem Nachtragshaushalt 2015, den wir in dieser Woche in erster Lesung beraten haben, stärken wir insbesondere Länder und finanzschwache Kommunen.

So richten wir für die Jahre 2015 bis 2018 das Sondervermögen „Kommunaler Investitionsförderungsfonds“ ein und statten diesen mit 3,5 Milliarden Euro aus. Mit diesen Finanzhilfen für kommunale Investitionen leisten wir einen entscheidenden Beitrag zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschafts- und Investitionskraft im Bundesgebiet.

Darüber hinaus wird der Bund in 2015 und 2016 die Länder und ihre Kommunen mit jähr-



© Dan Race - fotolia.com

lich 500 Millionen Euro unterstützen, um die Aufnahme und Unterbringung der zunehmenden Anzahl an Asylbewerbern bewältigen zu können. Zusätzlich soll die die bislang für 2017 vorgesehene weitere Entlastung der Kommunen von einer Milliarde Euro um 1,5 auf dann 2,5 Milliarden

Euro aufgestockt werden.

Insgesamt stellen wir damit von 2015 bis 2018 nicht weniger als 6 Milliarden Euro mehr bereit als bislang geplant. Wir unterstützen die Länder und Kommunen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben und lassen sie nicht im Stich - ohne neue Schulden zu machen!

Neben gesunkenen Zinsausgaben, einem Bundesbankgewinn sowie Steuermehreinnahmen, ist unsere strikte Haushaltsdisziplin entscheidende Voraussetzung dieser finanziellen Spielräume. Somit gewährleisten wir weiterhin die Umsetzung unseres zentralen Versprechens – dem ausgeglichenen Haushalt ohne Steuererhöhungen!

Im Podium beim Wirtschaftsrat der CDU

Im Vergleich zu unseren europäischen Nachbarn steht Deutschland derzeit gesamtwirtschaftlich ausgezeichnet da. Wir sind allerdings gefordert, die Voraussetzungen zu schaffen, dass dies dauerhaft so bleibt. Von einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur bis hin zu einem



modernen digitalen Ordnungsrahmen müssen wir die erforderlichen Investitionen und Innovationen vornehmen. Durch Deutschland muss ein digitaler Ruck gehen! Wir wollen im Schulterschluss mit der Wirtschaft zum digitalen Wachstumsland Nr. 1 in Europa werden!

Darin bestand beim hochkarätig besetzten Bundessymposium des Wirtschaftsrates der CDU Einigkeit - u.a. mit Prof. Dr. Johanna Wanka, Bundesminis-

terin für Bildung und Forschung, sowie dem EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Günther Oettinger.

Wir brauchen mutige Weichenstellungen, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft weiter zu verbessern. Dabei kommt der Digitalisierung eine zentrale Bedeutung für Innovationen und Wachstum zu. Hierzu müssen wir jetzt die notwendigen Investitionen tätigen.

Auch ich durfte im Rahmen der Veranstaltung im Podium über disruptive Innovationen diskutieren. Im Mittelpunkt standen dabei die Perspektiven des Internets im 21. Jahrhundert. Um die immensen Chancen der Digitalisierung nutzen zu können, sind jedoch weitere Regelungen unerlässlich. Wir brauchen dringend einen verbindlichen Rechtsrahmen und Mindestsicherheitsstandards. Daher habe ich die Notwendigkeit und zentrale Bedeutung einer EU - Datenschutzverordnung ebenso erörtert wie unser IT-Sicherheits- sowie Kleinanlegerschutzgesetz.

Eine spannende und sehr informative Veranstaltung zu einem für unser Land außerordentlich wichtigen Thema. Wir bleiben dran!

Meldungen:

Berlin:

Berufsausbildung ist lohnende Investition. Auszubildende kosten Betriebe je nach Berufsgruppe bis zu 9.000 Euro pro Jahr. Zieht man die von den Auszubildenden erwirtschafteten Erträge von den Bruttokosten ab, so kostete ein kaufmännischer Auszubildender im Ausbildungsjahr 2012/2013 seinen Betrieb rund 3.500 Euro. Bei Auszubildenden technischer Berufe beliefen sich die Kosten auf rund 8.900 Euro. Die Differenz erklärt sich durch die vergleichsweise höhere Vergütung technischer Berufe und die häufig nötigen längeren Einweisungszeiten an teuren Maschinen.

Dennoch lohnt es sich für Unternehmen, Auszubildende einzustellen und nach ihrer Ausbildung weiter zu beschäftigen: Die externe Besetzung einer Stelle kostet Unternehmen durchschnittlich 8.700 Euro, vom Bewerbungsverfahren bis zur Einarbeitung. Entsprechend ist für 80 Prozent der ausbildenden Unternehmen in Deutschland die Qualifizierung von Fachkräften, die langfristig im Betrieb eingesetzt werden können, ein tragender Grund für ihr Ausbildungsengagement.

(Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung)

Impressum:

Bundestagsbüro Nadine Schön
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 / 227 700 49
Fax: 030 / 227 766 41
Mail: Nadine.Schoen@bundestag.de
Internet: www.nadine-schoen.de

MENSCHEN HELFEN - LEBEN RETTEN

Die schrecklichen Bilder der Schiffskatastrophen vor der libyschen Küste haben uns in dieser Woche berührt.

Bereits am gestrigen Donnerstag sind die EU-Staats- und Regierungschefs zu einem Sondergipfel zusammenkommen. Wir müssen schleunigst kurzfristige Maßnahmen zur Verbesserung der Lage auf den Weg bringen und gleichzeitig über mittel- und langfristige Perspektiven beraten. Bemühungen, die erst auf dem Mittelmeer ansetzen, sind zwar in der aktuellen Lage notwendig, werden aber keine nachhaltige Verbesserung bringen.

Zwar müssen wir als Europä-

sche Union alles tun, damit die von gewissen- und skrupellosen Schleppern ins Verderben geführten Menschen vor dem Tod gerettet werden. Dauerhaft kann sich die Lage jedoch nur über eine Veränderung der Zustände in den Herkunftsregionen der flüchtenden Menschen verbessern. Dort müssen wir noch stärker als bisher zu Frieden und Gerechtigkeit beitragen.

Die bedingungslose Öffnung unserer Grenzen kann dabei ebenso wenig wie die hermetische Abriegelung Europas die richtige Lösung sein. Insbesondere müssen wir klar differenzieren: unsere uneingeschränkte

Solidarität gilt denjenigen, die tatsächlich vor Gewalt, Folter und Krieg fliehen müssen und auf unsere humanitäre Hilfe dringend angewiesen sind. Das ist aber nur zu leisten, wenn abgelehnte Asylbewerber auch schnell in ihre Heimatländer zurückgeführt werden.

An dieser Stelle möchte ich aber auch einmal Dank sagen: Herzlichen Dank der überwiegenden Mehrheit der Menschen in unserem Land, die in Not geratene Flüchtlinge mit offenen Armen empfangen, ehrenamtlich unterstützen sowie Solidarität und Menschlichkeit im Alltag leben. Darauf können wir sehr stolz sein!

„HANDELPOLITISCHER SALON“ DES HDE

Im Mittelpunkt des „Handelpolitischen Salon“ des Handelsverbandes Deutschland (HDE), wo ich als Gastrednerin eingeladen war, stand die Veränderung des Handels im Zuge der Digitalisierung.

Dabei diskutierten wir insbesondere die Chancen, aber auch Herausforderungen des Einzel-



Foto: HDE

handels. So wird sich der Online-Handel beispielsweise massiv auf das Leben und den

Alltag in den Innenstädten und Kommunen auswirken.

Darüber hinaus müssen wir Ausbildungen im Einzelhandel verstärkt auf E-Commerce vorbereiten und neue, alternative Geschäftsmodelle wie die Verknüpfung von stationärem mit Online-Handel für den Einzelhandel entwickeln.

Gedenkstunde im Bundestag und Aufruf zur Versöhnung

Die Vernichtung der Armenier im Osmanischen Reich während des Ersten Weltkrieges war die größte und folgenschwerste Katastrophe in der mehr-tausendjährigen Geschichte des armenischen Volkes. Deportationen und Massenmorde haben über einer Million Armenier und anderen orientalischen Christen das Leben gekostet.

In einer Gedenkstunde im Deutschen Bundestag haben wir an die Opfer dieser schrecklichen Vertreibungen und Massaker erinnert und die Taten der damaligen türkischen Regierung verurteilt, die zu einer weitgehenden Vernichtung der Armenier im damaligen Osmanischen Reich führten. Wir bedauern in diesem Zusammenhang aber ebenso die unrühmliche Rolle des

Deutschen Reiches, das trotz eindeutiger Informationen über die organisierte Vertreibung und Vernichtung der Armenier nicht versucht hatte, diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu stoppen.

Das Schicksal der Armenier nach den Ereignissen, die am 24. April vor 100 Jahren begannen, steht beispielhaft für die Geschichte der Massenvernichtungen, der ethnischen Säuberungen, der Vertreibungen, ja der Völkermorde, von denen das 20. Jahrhundert auf so schreckliche Weise gezeichnet ist. Dabei wissen wir um die Einzigartigkeit des Holocaust, für den Deutschland Schuld und Verantwortung trägt.

Neben unserem zum Ausdruck gebrachten Respekt vor der wohl ältesten christlichen Nation wollen wir aber auch zur

historischen Aufarbeitung der Geschehnisse sowie zur Versöhnung zwischen Türken und Armeniern beitragen. Dieser Versöhnungsprozess ist in den vergangenen Jahren ins Stocken geraten und bedarf dringend neuer Impulse.

Auch Deutschland steht in der Pflicht, sich der eigenen geschichtlichen Verantwortung zu stellen. Dazu gehört auch, Türken und Armenier dabei zu unterstützen, über die Gräben der Vergangenheit hinweg nach Wegen der Versöhnung und Verständigung zu suchen. Gerade wir Deutschen wissen, wie wichtig eine offene und schonungslose Auseinandersetzung mit in der Verantwortung der eigenen Nation begangener Verbrechen als Basis für ein friedliches Zusammenleben der Völker ist.